

Das „Kentler-Experiment“

## Missbrauch als Erziehung

**Jahrzehntelang haben Berliner Jugendämter nach einem Modell des Pädagogen Helmut Kentler Kinder an pädophile Pflegeväter vermittelt. Eine neue Studie zeigt: Dahinter steckt ein großes Netzwerk.**

Von HANNAH BETHKE



© dpa

Verbrechen in staatlicher Verantwortung: Die Berliner Bildungsverwaltung arbeitet den Kentler-Fall auf.

Es ist kein Einzelfall. Allzu oft schon hat man diesen Satz gehört, wenn es um die Aufarbeitung sexuellen Missbrauchs geht. Nun zeichnet sich auch im Fall des Berliner „Kentler-Experiments“ ab, dass ein ganzes Netzwerk dahintersteckt: Offenbar jahrzehntelang wurden Kinder, die als schwer erziehbar galten, mitunter auch behindert waren, von Berliner Jugendämtern zu pädophilen Pflegevätern geschickt. Ende der sechziger Jahre initiierte der Sozialpädagoge und Sexualwissenschaftler Helmut Kentler (1928 bis 2008) einen Modellversuch für die öffentliche Kinder- und Jugendhilfe. Kämen „jugendliche Herumtreiber“ bei Päderasten unter, so seine perfide Logik, ließen sie sich viel leichter sozial integrieren, weil nur pädophile Pflegeväter in der Lage seien, diese „schwachsinnigen“ Kinder und Jugendlichen auszuhalten und zu lieben.

Von 1966 bis 1974 war Kentler Abteilungsleiter im Pädagogischen Zentrum (PZ) in Berlin, das dem Senator für Schulwesen direkt unterstellt war. Als die Senatsverwaltung verlangte, Veröffentlichungen dürften „unter Umständen erst nach Kenntnisnahme durch das Abgeordnetenhaus erfolgen“, trat Gründungsdirektor Carl-Ludwig Furck 1970 unter Protest zurück. Kentler dagegen nutzte seine Stellung, um die Politik der Senatsverwaltung zu beeinflussen, für die er auch als Berater und Gutachter tätig war. Noch bis Anfang der 2000er Jahre existierten von ihm initiierte Pflegestellen bei pädophilen, zum Teil auch wegen Sexualdelikten vorbestraften Männern.

Erst 2016 hat sich die Berliner Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie der Sache angenommen. Ein erstes Gutachten zur Aufarbeitung des Falls wurde beim Göttinger Institut für Demokratieforschung in Auftrag gegeben. Es folgte ein zweites durch ein Forschungsteam der Universität Hildesheim, das jetzt seine Ergebnisse vorgestellt hat. Nach Ansicht der Wissenschaftler handelt es sich in diesen Fällen eindeutig um „Kindeswohlgefährdung in öffentlicher Verantwortung“. Auch Bildungssenatorin Sandra Scheeres (SPD) gesteht ein: „Die Behörden haben versagt.“

### **Angeblich wusste niemand etwas**

Immer wieder wurde behauptet, niemand habe von den Vorfällen wissen können. Wer die Schriften von Kentler liest, die sehr eindeutig auf eine Legitimierung pädosexueller Handlungen abzielen, mag allerdings kaum glauben, es sei nicht klar gewesen, wes Geistes Kind der Mann ist. Allein war er mit diesen Positionen nicht: Berlin avancierte in den siebziger Jahren zum Zentrum der Bildungsreform und antiautoritären Erziehung, unter deren Deckmantel die Emanzipation und vermeintliche Freiheit der Kinder in Missbrauch übersetzt werden konnte.

Als Regierender Bürgermeister rief Willy Brandt den Planungsausschuss zur Gründung des PZ ins Leben; ihm gehörte auch Hellmut Becker an, der seinerzeit das neugegründete Institut für Bildungsforschung in der Max-Planck-Gesellschaft leitete. Sein Name erlangte nach den Missbrauchsskandalen in der Odenwaldschule traurige Berühmtheit. Nicht von ungefähr verweisen denn auch die Hildesheimer Forscher auf Verflechtungen zwischen der Odenwaldschule und der Berliner Senatsverwaltung, die offenbar nicht nur in Berlin, sondern im gesamten Bundesgebiet Pflegekinder in die Obhut von pädophilen Männern gegeben hat.

Das Gutachten lässt keinen Zweifel: Es gab Signale, die „zur Beendigung der Pflegestelle hätte führen müssen und auf Verfehlungen gegen die Vorschriften zur Pflegekinderhilfe hinweisen“. Zeitzeugen hätten bestätigt, dass das „Kentler-Modell“ in der Senatsverwaltung bekannt gewesen und mitunter auch in Bezirksjugendämtern auf Akzeptanz gestoßen sei.

### **Betroffene fordern Schadenersatz**

Unterdessen kämpfen zwei Betroffene, die in den achtziger und neunziger Jahren von ihrem durch Kentler vermittelten Pflegevater missbraucht worden sind, noch immer um finanzielle Entschädigung. Sie wollen eine rechtliche Anerkennung und Schadenersatz vom Land Berlin, das die Ansprüche wegen Verjährung abgewiesen hat. Dass die Berliner Finanzverwaltung hier mit harten Bandagen kämpft, zeigt eine Klageerwiderung ihrer Anwaltskanzlei, in der nahezu alle Aussagen zu den staatlich verantworteten Missbrauchsfällen rigoros bestritten werden. Das stehe im völligen Widerspruch zu den Erkenntnissen der Hildesheimer Forschungsgruppe und den Eingeständnissen der Bildungsverwaltung, sagt eine Vertrauensperson der Betroffenen, die die Klageerwiderung in Auszügen in Umlauf gebracht hat.

Der Verzicht auf Einrede der Verjährung bleibt ein strittiger Punkt. Die Senatsverwaltung streitet ab, dass dies möglich sei. Nach Auskunft der Berliner AfD-Fraktion soll es dagegen ein Rechtsgutachten des Wissenschaftlichen Dienstes des Abgeordnetenhauses geben, das eine Möglichkeit sieht, rechtswirksam den Verzicht auf Einrede der Verjährung zu erklären.

Scheeres sagte zwar, sie wolle die Verjährung bei Missbrauchsfällen grundsätzlich

abschaffen, weil solche Taten niemals verjährten; in diesem Fall aber will sie den außergerichtlichen Weg gehen. Sie habe sich mit dem Finanzsenator darauf geeinigt, den Betroffenen eine finanzielle Entschädigung außerhalb des Gerichtswegs anzubieten. Eine konkrete Summe nannte sie nicht. Eine Sprecherin der Bildungsverwaltung teilte auf Nachfrage jedoch mit, das Angebot gehe finanziell weit über das hinaus, „was das Gerichtsverfahren den Betroffenen im Ergebnis bringen würde“. Es übersteige auch „die bisher allseits praktizierten Fonds-Lösungen“.

Es steht zu hoffen, dass den Betroffenen die Anerkennung zuteilwird, um die sie so lange gekämpft haben. Die Aufarbeitung des sexuellen Missbrauchs im Erziehungswesen aber ist noch lange nicht abgeschlossen. Sie erfordert ein neues Nachdenken über Erziehung, welche die Grenzen der Kinder wahrt, anstatt sie im Namen einer progressiven Befreiungsideologie ein ums andere Mal einzureißen.

Quelle: F.A.Z.